

Verlauf des Gespräches mit Landrat Arnold

Auszug aus dem Protokoll des Arbeitskreises Flüchtlinge

Herr Hartmann berichtete ausführlich über das Gespräch mit Herrn Arnold am 10.2., an dem vom Arbeitskreis Flüchtlinge außerdem Frau Willms, Herr Dittrich und Frau Ginkel und Herr Turan teilgenommen hatten. Zunächst hatten die Gesprächsteilnehmer den Landrat darauf hingewiesen, dass die durchaus begrüßenswerte Einrichtung von Runden Tischen für Flüchtlinge in den Kommunen auch mehr Konfliktpotential in Bezug auf das Bleiberecht von integrierten bzw. integrationswilligen Flüchtlingen mit sich brächte. Hier müsse die Ausländerbehörde des WK einen Paradigmenwechsel schaffen: Statt zu überprüfen, wie man die Flüchtlinge wieder loswird, müsse man überprüfen, unter welchen Umständen sie bleiben könnten und sich dafür einsetzen. Für alles andere dürften engagierte BürgerInnen kaum Verständnis haben. Prinzipiell stimmte Arnold mit der Einschätzung überein, um sich dann erneut vor seine MitarbeiterInnen zu stellen, die jahrelang gute Arbeit in dem guten Glauben gemacht hätten, alles richtig zu machen. Man müsse alle MitarbeiterInnen bei der Umwandlung der Behörde mitnehmen.

Über die von uns genannten konkreten Fälle wollte er mit uns nicht sprechen. Er sagte aber zu, sich zu kümmern, falls wir ihm die Sachlage schriftlich zuschicken würden (*was inzwischen geschehen ist*).

Die Gesprächsteilnehmer mahnten an, dass es eine regelmäßige Gesprächsrunde mit entscheidungsberechtigten Teilnehmern von Seiten des Wetteraukreises geben müsse, damit strittige Fälle geklärt werden könnten. Das lehnte Herr Arnold ab. Er sagte aber zu, selbst Anlaufstelle zu sein, wenn es solche Fälle gebe und er darauf angesprochen würde. Außerdem verwies er auf ein Beschwerdemanagement des Wetteraukreises, an das man sich wenden könne.

(Das tat ich dann auch gleich, um festzustellen, dass es das nicht mehr gibt – es wurde abgeschafft. J.H.)

Auch biete Herr Gajewski, der Leiter der Behörde, regelmäßige Beratung „jenseits der Akten“ an, die man in Anspruch nehmen könne. *(Tatsächlich machte ich einen Termin für eine von Abschiebung bedrohte Familie mit Herrn Gajewski aus. Er sagte, er biete die Beratung, die bisher kaum in Anspruch genommen worden sei, jeden 2. Und jeden 4. Dienstag im Monat an. Man könne aber auch einen Termin vereinbaren.)*

Herr Arnold erläuterte die momentan stattfindende Dezentralisierung der Unterbringung von Flüchtlingen und der sozialarbeiterischen Betreuung. Die Kommunen könnten letztere selbst organisieren und erhielten dann einen höheren Betreuungssatz vom Kreis. Der Kreis stelle 100.000 Euro zur Verfügung, die nach dem Schlüssel der jeweils aufgenommenen Flüchtlinge und der Übernahme der Betreuung an die Kommunen ausgezahlt würden. Dabei gehe man davon aus, dass eine volle Stelle für 210 Flüchtlinge zuständig sei. Momentan sei man noch dabei, einen Vertrag auszuhandeln, der dann von allen Kommunen unterschrieben werden sollten und dessen Gegenstand auch die Initiierung von Runden Tischen sei. Eine Kommune im Ost- und eine im Westkreis hätten allerdings eine Art „Normenkontrollklage“ angekündigt, um festzustellen, ob die Vertragsgestaltung durch den Wetteraukreis rechtens sei.

Weitere Gesprächspunkte mit dem Landrat waren:

Geduldete ohne Papiere: Zusammenarbeit bei Integrierten ohne Androhung der Abschiebung bei sogenanntem Deadlock. Hier bot Hartmann an, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man da weiterkommen könnte. Kern des Vorschlags: Man müsse die Integrationserfolge und die Mitarbeit bei der Identitätsfindung höher bewerten als das bisherige gesetzwidrige Verhalten und versprechen, die Flüchtlinge bei einer Mitarbeit ihrer Identitätsfindung danach nicht abzuschieben. Einen schriftlichen Vorschlag hat er inzwischen an den Landrat geschickt.

Aufhebung der Residenzpflicht: Hier sagte Arnold, die Aufhebung sei nicht möglich bei unbegleiteten Jugendlichen und bei Menschen, die Leistungen nach Hartz IV oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten, weil die Flüchtlinge sonst mehrheitlich in die großen Zentren ziehen würden. Es gehe aber eher um eine gleichmäßigere Verteilung auf alle Kreise, Städte und Kommunen, auch wegen einer gleichmäßigen finanziellen Belastung durch Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz oder Hartz IV und einer gleichmäßigen Beanspruchung der vorhandenen sozialen Einrichtungen. Wenn es um Ausbildung gehe, sei man ohnehin schon frei beweglich. Das zunächst mit Spannungen aufgeladene Gespräch endete relativ gelöst, obwohl wir nicht wirklich viel erreicht hatten. Immerhin gab es das Gefühl, dass man weiter miteinander reden könne und dass einiges in Bewegung ist.